

Willkommen dem
«Appenzeller Freisinn»
in der Kopfblatt-Familie



Herausgeberin/Redaktion Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail gs@fdp-prd.ch Internet www.fdp.ch	Inserate Kretz AG Verlag und Annoncen General Wille-Strasse 147 8706 Feldmeilen Telefon 01 925 50 60 Fax 01 925 50 77 E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch Internet www.kretzag.ch	Layout/Druck NZZ PRINT Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	---	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

24. Jahrgang, Erscheint monatlich.

AZB
3001 Bern

Schweizerische Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

Inhalt

Sommer-Universität

Diese Veranstaltung ist
auf die Wahlen 2003
ausgerichtet.

7



Bilaterale II

Wahrung der
nationalen Interessen
statt voreilige
Kompromisse.

9/10



Ja zur Fristenregelung

Dieses Ja führt nicht
zu mehr Schwanger-
schaftsabbrüchen.

11

BVG-Revision

Freiwillige Kompromisse
im Rahmen
der Sondersession.

15

Anzeige

Innotherm

Öl-Kondensations-
heizungen brauchen
keinen Kamin.

INNOTHERM

Innotherm AG - Tolackerstr. 14 - 8274 Tägerwilen
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87

Entkriminalisierung

Ja zur Fristenregelung und Nein zu «Mutter und Kind»

Mein erster öffentlicher Auftritt zu einer politischen Frage geht auf das Jahr 1977 zurück. Als Sympathisantin – oder schon «Fast-Mitglied» – der FDP konnte ich mich damals an einer überparteilichen Abstimmungsveranstaltung für die Volksinitiative «für die Fristenlösung» einsetzen. Diese Initiative wurde damals leider knapp mit 51,7% zu 48,3% abgelehnt. Deutlicher scheiterte sie allerdings an den Ständestimmen: 17 Kantone und Halbkantone lehnten sie ab, und nur 8 Kantone – darunter die drei grossen und die städtischen Kantone – stimmten zu.

Von Bundeskanzlerin
Annemarie Huber-Hotz,
Bern



Annemarie Huber-Hotz

Seit dieser Zeit ist über die Frage des Schwangerschaftsabbruchs in der Schweiz eine z.T. heftige politische Diskussion im Gange, ohne dass eine mehrheitsfähige Regelung gefunden werden konnte. Die unterschiedlichen Meinungen, Sensibilitäten, Moral- und Ethikvorstellungen, religiösen Überzeugungen sind die gleichen geblieben. Und auch heute wird versucht, die Emotionen mit teilweise unfairen Methoden zu schüren.

Emotionale Debatte

Bei vielen Frauen und Männern sind aber auch persönliche Erfahrungen mit im Spiel, und schliesslich

ben, über die Frage des Schwangerschaftsabbruchs zu entscheiden. Es liegen zwei gegensätzliche Vorlagen vor, die Ausdruck des breiten Meinungsspektrums sind:

Entkriminalisierung

Mit einer Änderung des Strafgesetzbuches, gegen die das Referendum ergriffen wurde, schlägt das Parlament neu die Einführung einer Fristenregelung vor. Ein Schwangerschaftsabbruch bleibt straflos, wenn die Frau ihn in den ersten zwölf Wochen seit Beginn der letzten Periode schriftlich verlangt und eine Notlage geltend macht. Der Eingriff muss durch eine zur Berufsausübung zugelassene Ärztin oder einen zur Berufsausübung zugelassenen Arzt vorgenommen werden.

Umfassende Information

Der Arzt oder die Ärztin muss zunächst mit der Frau ein eingehendes Gespräch führen und sie beraten. Dabei erhält die Frau ein Verzeichnis der Beratungsstellen und Vereinigungen, welche ihr moralische oder materielle Hilfe anbieten kön-

nen. Sie wird auch darüber informiert, dass das geborene Kind zur Adoption freigegeben werden kann. Die Ärztin oder der Arzt wird mit Busse bestraft, wenn sie der Beratungspflicht, die ihnen das Gesetz auferlegt, nicht nachkommen. Im Weiteren ist für Schwangere unter 16 Jahren der vorgängige Besuch einer auf Jugendliche spezialisierten Beratungsstelle Pflicht. Ferner werden die Kantone verpflichtet, Kliniken und Praxen zu bezeichnen, welche die Voraussetzungen für eine eingehende Beratung und für eine fachgerechte Durchführung des Schwangerschaftsabbruchs erfüllen. Nach Ablauf der zwölfwöchigen Frist ist ein Abbruch einer Schwangerschaft nur noch straffrei, wenn er nach ärztlichem Urteil notwendig ist, um von der schwangeren Frau eine schwerwiegende körperliche Schädigung oder eine schwere seelische Notlage abzuwenden. Die Notlage muss umso grösser sein, je fortgeschrittener die Schwangerschaft ist.

Fortsetzung auf Seite 2

Wichtiger Entscheid steht an

Am 2. Juni werden wir erneut die Gelegenheit ha-

Fortsetzung von Seite 1

So weit der Inhalt der Änderung des Strafgesetzbuches, welche einen klaren Rahmen vorgibt, innerhalb dessen eine schwangere Frau das Recht hat zu entscheiden, ob und wie sie abtreiben will. Die Vorlage geht auf eine Einzelinitiative im Nationalrat zurück und wird vom Bundesrat, dem Parlament und der grossen Mehrheit der freisinnigen Fraktion unterstützt.

Rückschritt hinter das geltende Recht

Ihr gegenüber steht die Volksinitiative «für Mutter und Kind – für den Schutz des Kindes und für die Hilfe an seine Mutter in Not», die als Reaktion zur vorgeschlagenen Änderung des Strafgesetzbuches eingereicht wurde. Der Bundesrat und das Parlament lehnen diese Initiative ab, weil sie nicht nur eine Fristenregelung verunmöglicht, sondern sogar hinter das geltende Gesetz zurückgehen will. Ausser bei einer akuten Lebensgefahr soll ein Schwangerschaftsabbruch verboten sein.

Das geltende Recht, hinter das die Volksinitiative zurückgehen will, stammt aus dem Jahre 1942. Es regelt im Strafgesetzbuch, dass eine schwangere Frau, die abtreibt oder abtreiben lässt, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft wird.

Realität lässt sich nicht verleugnen

Trotz dieser Strafnorm werden in der Schweiz jährlich rund 13 000 Schwangerschaftsabbrüche legal vorgenommen. Die gesellschaftli-

chen Wertvorstellungen und die Stellung der Frau in der Gesellschaft haben sich geändert – und wir sind deshalb heute nicht mehr bereit, Frauen und Ärzte zu bestrafen, wie es das Gesetz vorsieht. Deshalb werden die gesetzlichen Bestimmungen in den meisten Kantonen seit vielen Jahren liberal gehandhabt. In einigen Kantonen ist es hingegen heute noch schwierig, legal abzutreiben.

Im Interesse der Rechtssicherheit

Es ist deshalb höchste Zeit, das Gesetz der gesellschaftlichen Realität und der Praxis anzupassen und vor allem die Ungleichheit zwischen den Kantonen abzuschaffen. Es wäre m.E. heuchlerisch, die Augen vor der Realität zu verschliessen und vorzutäuschen, mit dem heutigen Rechtszustand oder gar mit einer Regelung, die hinter diesen Zustand zurückgeht, Schwangerschaftsabbrüche verhindern zu können. Vielmehr geht es darum, mit einer vernünftigen gesetzlichen Regelung, die in intensiven Debatten ausgehandelt wurde und einen Kompromiss darstellt, eine neue Rechtssicherheit für die ganze Schweiz zu schaffen.

Mit Überzeugung für die Fristenregelung

Für mich gibt es aber noch weitere Gründe, mit Überzeugung der Fristenregelung zuzustimmen und die Volksinitiative «für Mutter und Kind» abzulehnen:

1. Die Fristenregelung trägt unterschiedlichen Interessen Rechnung. Mit der gesetzlichen Neurege-

lung des Schwangerschaftsabbruches machte es sich der Gesetzgeber nicht leicht. Im Bewusstsein des Dilemmas zwischen dem verfassungsmässigen Schutz der Rechte der Frau und der Rechte des ungeborenen Lebens suchte er einen Mittelweg. Während einer begrenzten Zeit von 12 Wochen hat die Frau das Selbstbestimmungsrecht über sich und das ungeborene Leben. Nach dieser Frist geht der Schutz des ungeborenen Lebens vor. Auch die Fristenregelung anerkennt somit die grundsätzliche Schutzwürdigkeit des vorgeburtlichen Lebens.

2. Keine Frau entscheidet sich leichtfertig für einen Schwangerschaftsabbruch. Eine ungewollte Schwangerschaft bringt die meisten Frauen in eine äusserst schwierige Situation mit weitreichenden Konsequenzen – Konsequenzen für das werdende Kind und für sie selbst. Es bleibt keiner Frau erspart, in einer solchen Situation abzuwägen, ob sie in der Lage ist, die Verantwortung für das werdende Leben – für ein menschenwürdiges Leben – zu tragen. Sie muss aber auch die Verantwortung übernehmen für den Entscheid, die Schwangerschaft abubrechen. Jede Frau weiss, dass dieser Entscheid sie ein Leben lang begleiten wird.

Der Gesetzgeber geht von der Eigenverantwortung der Frau aus. Das ist für mich einer der wesentlichen Punkte der Vorlage. Dies entspricht auch einer echt freisinnigen Haltung. Es ist nicht einzusehen, weshalb wir in unserer aufgeklärten Gesellschaft in allen ande-

ren Lebensbereichen an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger appellieren, beim Schwangerschaftsabbruch aber der Frau das Entscheidungsrecht nicht zutrauen. Vor diesem Hintergrund kann die Fristenregelung auch nicht als Freipass angesehen werden.

3. Keine Frau ist in der Not sich selbst überlassen. Das Gesetz sorgt dafür, dass die schwangere Frau mit einer Ärztin oder einem Arzt ihres Vertrauens ein Gespräch führen und ihre Notlage geltend machen muss. Die Ärztin oder der Arzt muss mit der Frau darüber ein eingehendes Gespräch führen und sie beraten, auch in Bezug auf die mögliche Freigabe des Kindes zur Adoption. Hingewiesen werden muss auch auf die kostenlosen Beratungsstellen, welche die Kantone aufgrund eines Bundesgesetzes von 1981 unterhalten müssen. Diese Stellen verfügen über speziell ausgebildetes Personal, das der schwangeren Frau sowie allen anderen von einer Schwangerschaft Betroffenen zur Seite steht. Alle diese Massnahmen tragen dazu bei, dass die schwangere Frau zwischen verschiedenen möglichen Alternativen wählen kann.

4. Ein Ja zur Fristenregelung ist kein Ja zum Schwangerschaftsabbruch. Das scheint mir der entscheidende Punkt zu sein. Es geht am 2. Juni nicht um die persönliche Einstellung zur Abtreibung eines jeden Einzelnen, die, wie immer sie begründet wird, respektiert werden muss. Es geht um eine gesetzliche Regelung und damit um die Frage, ob der

Staat eine Frau, die abtreibt, dafür bestrafen und sogar ins Gefängnis schicken soll. Nur diejenigen, die bereit sind, diese Frage zu bejahen, sind moralisch und ethisch legitimiert, die Fristenregelung abzulehnen und/oder der Volksinitiative «für Mutter und Kind» zuzustimmen. Und es geht schliesslich darum, Regeln aufzustellen, die nicht nur verantwortbar, sondern auch praktikabel und durchsetzbar sind.

Flankierende Massnahmen nicht obsolet

Die Frage des Schwangerschaftsabbruches darf m.E. nicht losgelöst betrachtet werden. Das Ziel von uns allen muss es sein, mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass die Zahl der unerwünschten Schwangerschaften gering gehalten werden kann. Dazu gehören eine gute Prävention, eine fortschrittliche Familienpolitik, die Mutterschaftsversicherung, neue Arbeitszeitmodelle und Tagesschulen, wie sie von der FDP und den FDP-Frauen gefordert werden. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Elternteile und für Alleinerziehende zu ermöglichen. Mit einem eindeutigen Ja zur Änderung des Strafgesetzbuches und mit einem ebenso eindeutigen Nein zur Volksinitiative kann eine adäquate, ethisch und moralisch vertretbare Antwort auf eine seit Jahrzehnten hängige Frage gefunden werden – und es ist eine durch und durch freisinnige Antwort. ■

FDP Schweiz auf internationaler Ebene

Guido Schommer wurde Vizepräsident der Liberalen Internationalen

Anlässlich des 51. Kongresses der Liberalen Internationalen (LI) vom 21. bis 23. März 2002 in Budapest wurde FDP-Generalsekretär Guido Schommer turnusgemäss zum Vizepräsidenten gewählt.

Im Rahmen des in Budapest abgehaltenen 51. Kongresses der Liberalen Internationalen wurde Guido Schommer, Generalsekretär der FDP Schweiz, zum Vizepräsidenten der LI gewählt. Jede Mitgliedspartei stellt turnusgemäss einen Vizepräsidenten und damit offiziellen Vertreter. Die FDP Schweiz gratuliert Guido Schommer zu seiner Wahl in die Liga der LI-Vizepräsidenten und freut sich

auf die bereichernden Kontakte mit liberalen Parteien aus den verschiedensten Ländern.

Internationale Organisation

Die LI ist ein weltweiter Verbund von politischen Parteien mit liberalem Gedankengut. Der 1947 gegründeten Organisation gehören heute 84 liberale Parteien aus 67 Ländern und 6 verschiedenen Kontinenten an. Die Hauptaufgabe der Liberalen Internationalen besteht darin, den liberal gesinnten Parteien auf globaler Ebene eine Plattform zu bieten und auch über Landesgrenzen und Kontinente hinweg einen Gedankenaustausch zu ermöglichen. Diese

Kontakte haben in den letzten Jahren – in einer immer stärker durch die Internationalisierung und Globalisierung gezeichneten Welt – zweifelsohne an Bedeutung gewonnen.

FDP Schweiz Gründungsmitglied

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz gehört zu den Gründungsmitgliedern der Liberalen Internationalen. Sie nimmt seit mehr als 50 Jahren an ihren Aktivitäten teil. Die FDP will in der LI zukünftig eine noch aktivere Rolle übernehmen und unter Beweis stellen, dass eine selbstbewusste und souveräne Schweiz nicht nur national, sondern auch international ihre Interessen



Ob auf nationaler oder internationaler Ebene, Guido Schommer scheut sich nicht, die Ziele der Liberalen klar aufzuzeigen.

Bild: rus

wahrnehmen und Ideen tausch in anderen internationalen Gremien in Zukunft erst recht wichtig bleiben. Ja von Volk und Ständen zur Uno wird der Aus-

EIN VERANTWORTUNGSVOLLER ENTSCHEID.

«Keine Verhütung ist absolut sicher. Aus Verantwortung für unsere drei Kinder entschieden wir uns gegen ein weiteres.»

Marlies und Theo



zur Fristenregelung am 2. Juni

Komitee JA zur Fristenregelung • Postfach 6136 • 3001 Bern
www.fristenregelung.ch • PC: 30-539967-3

Generalsekretär der Jungfreisinnigen

Who's who?

Simon Hofstetter

Geburtsdatum:

16. März 1981

Bürgerort:

Langnau i. E.

Wohnort:

Signau i. E.

Zivilstand:

ledig

Hobbys:

Standard- und Lateintanz, Musik, Schnee- und Wassersport, Theater

Ausbildung:

- 1988–92 Primarschule Signau Dorf
- 1992–94 Sekundarschule Signau
- 1994–97 Untergymnasium Burgdorf
- 1997–2001 Gymnasium Burgdorf, Maturitätsabschluss Typus A
- seit 10. 2001 Theologiestudium an der Uni Bern

Bisherige politische Tätigkeit:

- 1997–2001 Mitglied/Präsident Schülerrat Gymnasium Burgdorf
- 2000–2001 Mitglied Komitee für einen vernünftigen Maturitätstermin KVM
- 2000–2001 Mitglied Gemeindekommission (Revision des Organisationsreglementes)
- 3.–9. 2001 Co-Präsident Bernische Schülerinnen- und Schülerorganisation BSO
- Seit 1. 2002 Mitglied bei den Jungfreisinnigen Langnau und Jungfreisinnige Uni Bern



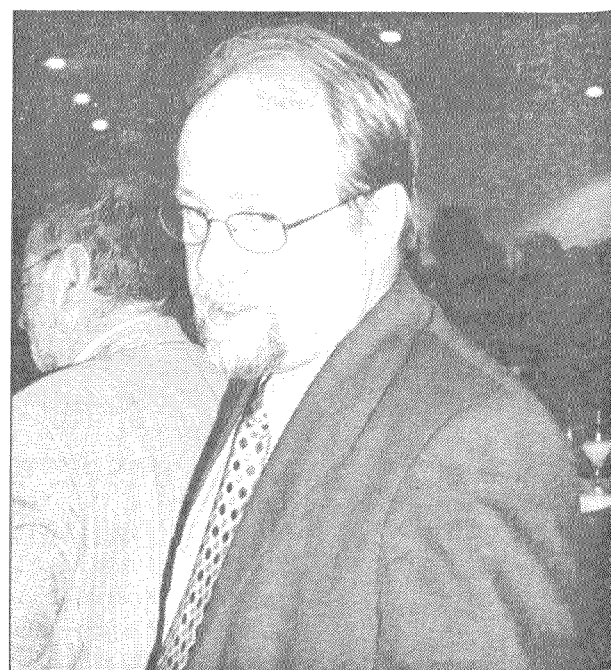
Neuer Genfer FDP-Kantonalpräsident

Thomas M. Andres löst Floriane Ermacora ab

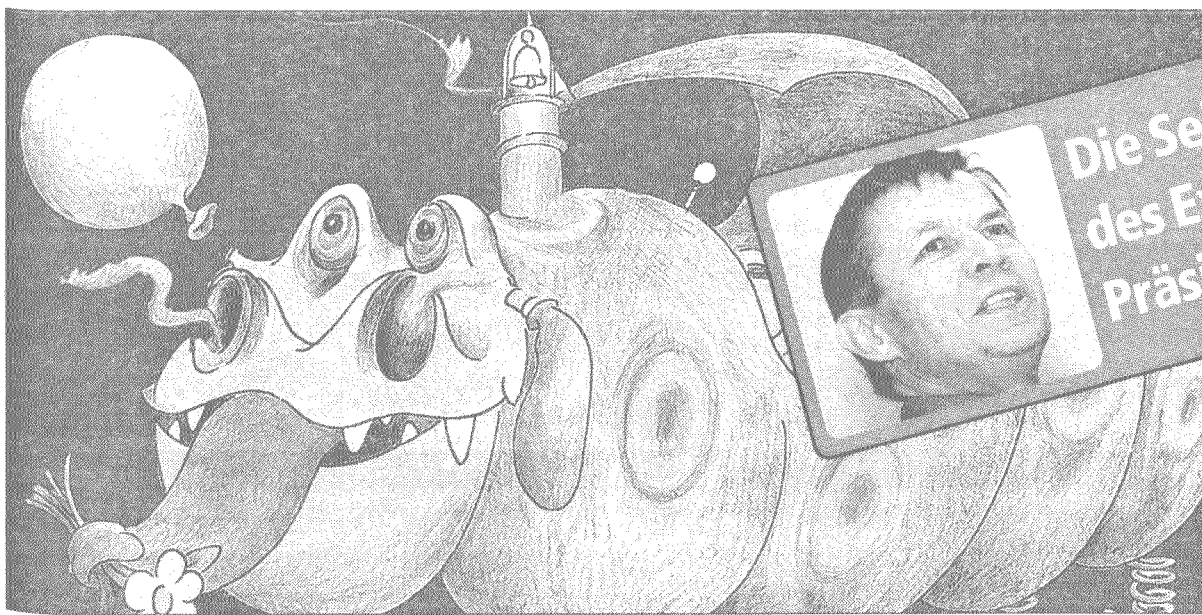
Anlässlich der Ordentlichen Delegiertenversammlung nutzte Thomas M. Andres die Gelegenheit, zu anderen Kantonalpräsidenten und Delegierten Kontakte herzustellen.

Solche Kontakte herzustellen, fiel dem zweisprachigen Thomas Andres nicht schwer, hatte er doch an der Ordentlichen Delegiertenversammlung vom vergangenen Jahr in Genf bereits die ersten Brücken in die übrige Schweiz geschlagen. Dort begleitete er in einem Spezialprogramm die Kantonssekretäre aus der ganzen Schweiz ins Forschungszentrum

Cern. Dabei zeigte es sich, dass Thomas keine Mühe hat, die nötigen Kontakte herzustellen. Der «Freisinn» freut sich auf eine gute Zusammenarbeit mit der FDP Genf und dankt der scheidenden Präsidentin Floriane Ermacora für ihren bisherigen Einsatz.



Thomas M. Andres, ein kontaktfreudiger Kantonalpräsident.



Die Seite
des Expo.02-
Präsidenten

spucknapf» oder den «Monsterjäger». Jeweils einzeln können die Kinder in die

Schränke eintreten und diese mitverzaubern: in Orte des Rückzugs, des Versteckens, des Belauschens, des Spiels, des Rätsels oder auch des Schreckens. Im Juli und August werden die Kinder eingeladen, den letzten Schrank zu betreten und «Die Zeit der Schnecke» zu erfahren. Dann stellen sie sich an der Seite der Künstler vor das Publikum, um in kleinen Theaterimprovisationen von den enthüllten Geheimnissen zu erzählen. Ein zweiter Teil des Projekts besteht aus Stationen mit Geschichten aus dem Leben von Glühwürmchen.

Ebenfalls in Murten gibt es in der Ausstellung «Expoagricole» einen Kinderbauernhof mit Streichelzoo. In einem ehemaligen Gärtnerhaus erwartet das junge Publikum eine Bauernküche mit einer Themenwerkstatt. Anhand eines Märchens unternehmen Kindern von sechs bis vierzehn Jahren einen Streifzug durch die Welt der Ernährung. Sie verarbeiten die direkt beim Huhn gehaltenen Eier zu Pudding und mahlen Weizen, um damit Brot zu backen. Dadurch werden Zusammenhänge zwischen Nahrungsgrundlagen, Produktion und Konsum aufgezeigt. Der Streichelzoo ermöglicht die direkte Begegnung mit verschiedenen Kleintieren wie Schafen, Ziegen, Hühnern, Schweinen oder Ponys.

Zu diesen Attraktionen kommen ein in Hollywood-Manier gestalteter Funpark in Biel sowie die «Chilbi» in Biel. Am 4. August steht in der Ausstellung «Blindkuh» (Murten) zudem Linard Bardills Kinderprogramm «Was i nid weiss, weiss mini Geiss» auf dem Programm (für Kinder ab fünf Jahren in Begleitung Erwachsener). Obschon sich das Geschehen im Dunkeln abspielt, dürfte so manchem auch grossen Kind ein Licht aufgehen.

Marcel Marti

Grosses Angebot für kleine Gäste

Pro Arteplage speziell für Kinder

Ob «Pinocchio», Fabeltier oder «Gedankenspucknapf»: Die Expo.02 hält für Kinder jeden Alters Attraktionen bereit. Wobei es für die kleinen Gäste nicht nur spezielle Ausstellungen gibt, sondern auch Erlebnisse wie Pudding herstellen – oder Begegnungen mit Glühwürmchen.

Pro Arteplage ist ein Projekt, speziell den Kindern gewidmet. In Neuenburg zum Beispiel «Piazza Pinocchio». Auf einem Hügel steht ein toskanisches Dorf aus Miniatur-Häusern. Jedes Haus bietet Mädchen und Jungen von etwa vier bis zwölf Jahren ein Erlebnis, das sich als Prüfung auf dem Weg zum Erwachsenwerden deutet. Durch solche Erlebnisse erkennen Kinder und Erwachsene, wie verschieden und trotzdem richtig ihre individuelle Erfahrung und damit Wahrheit sein kann. So lodert in einem Raum hinter einer Wand ein Feuer: eine Anspielung auf die Episode, als «Pinocchio» seine Füsse verloren hat. Weil das Feuer sichtbar und die Hitze spürbar ist, machen die jungen Betrachterinnen und Betrachter eine fast physische Erfahrung. Wenn sie hinterher erzählen, sie seien durchs Feuer gelaufen, stimmt die

Aussage aus ihrer Sicht – obwohl sie sich für Erwachsene wie eine Lüge anhört. Zu den weiteren Elementen von «Piazza Pinocchio» gehört eine gläserne Wunderkammer, über die aber noch nichts ver-raten sei.

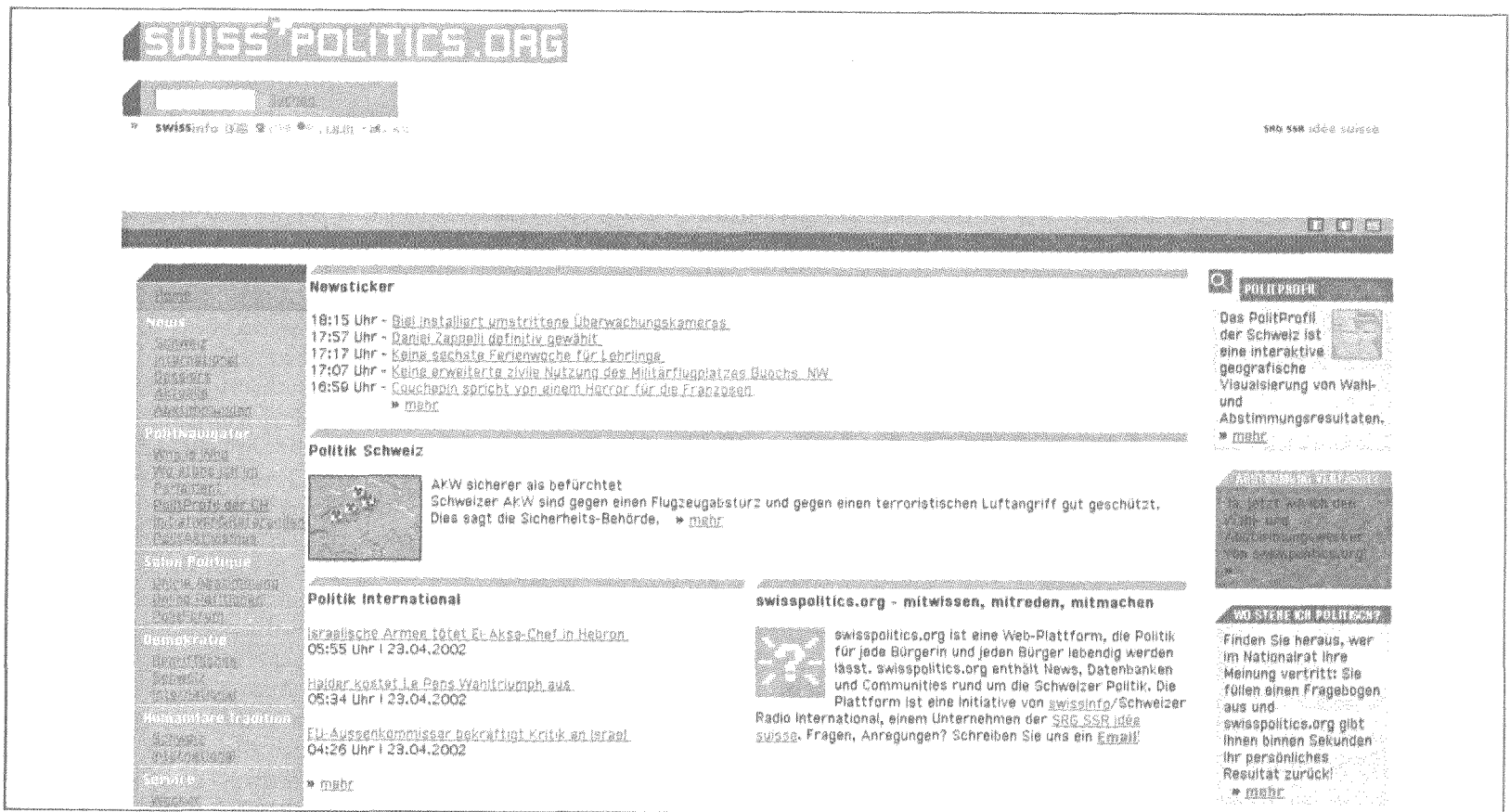
Ritt auf Fabeltieren

Leuchtende Kinderaugen: Nicht mehr und nicht weniger ist das Ziel von «Bien travailler, bien s'amuser» auf der Arteplage Biel. Hinter dem Titel verbirgt sich ein einzigartiger Spielplatz für Buben und Mädchen von etwa vier bis zehn Jahren. Doch was gibt es für sie «à travailler», zu arbeiten? Im Grunde genommen gar nichts – ausser, man wolle bei der Fahrt mit Fabeltieren ernstlich von Arbeit sprechen. Denn die Attraktion des Projekts ist eine Art Gondelbahn mit kleinen Kabinen (besagten Fabeltieren), und diese sind in eineinhalb Metern Höhe durch einen Treitantrieb in Bewegung zu setzen. Die Rundreise an einer rund 100 Meter langen Vorrichtung führt durch eine Landschaft mit Tunnels, künstlichem Feuer, Wasserfontänen und drolligen Geschöpfen. Unterwegs können die Kinder ihre Geschicklichkeit unter Beweis stellen, indem sie durch eine Wippe eine Kugel zum Rollen bringen. Je nachdem, wo die Kugel landet, versüsst Schokolade den Spass.

In die faszinierende Welt der Kinderträume entführt in Yverdon-les-Bains die «Kids.expo». Im Ausstellungspavillon «expo.drom» werden die Traumschlösser der Kinder begehbar, ihre Phantasien und Vorstellungen sinnlich spürbar. Letzteres geschieht in Form von Planeten, die verschiedene Welten, sprich Themenkreise darstellen. Rituale wie Essen und Feste haben darin ebenso Platz wie eine Licht- und Schattenwelt zwischen Gut und Böse oder ein Labor mit Erfindungen. Umgesetzt werden die Themen in Form von rhythmisch atmenden Kugeln, mobilen Objekten sowie Geräusch- und Hörspielbereichen. Wer das Kinderuniversum besucht, soll auch durch die Gestaltung das Gefühl erhalten, andere Welten zu betreten. Deshalb ist der Boden mit schwarzem Sand bedeckt, und die einzelnen Planeten sind durch Gänge, Brücken, Rutschen, Tunnels und Leitern miteinander verbunden.

Vierzehn Schränke, eine Schnecke

Unter den Kieshügeln des «Théâtre de gravier» am Ufer des Murten-sees befindet sich die Zauberwelt der «Armadi sensibili». Vierzehn Kleiderschränke versprechen spannende Entdeckungen: die «Meeresflüsterin», die «Dunkelheitsantenne», den «Gedanken-



Schweizer Radio International lanciert Politikplattform

swisspolitics.org soll zum «Mitwissen, Mitreden und Mitmachen» animieren

(swissinfo) Schweizer Radio International (SRI) hat unlängst eine neue Schweizer Politikplattform ins Netz gestellt. Unter dem Motto «Mitwissen, mitreden, mitmachen» verbindet swisspolitics.org www.swisspolitics.org tagesaktuelle News mit einer umfassenden Datenbank sowie Community-Anwen-

dungen. Das Portal wird in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch angeboten. Politikinteressierte Schweizer können beispielsweise in das Abstimmungsverhalten ihrer Nationalräte in den letzten zehn Namensabstimmungen im Rat Einsicht nehmen oder in Diskussions-

foren selbst Politik mitgestalten. Kurznachrichten-Ticker und Artikel informieren über das Tagesgeschehen, thematische Dossiers liefern Hintergrundinformation. Die swisspolitics.org-Datenbank gewährt einen vertieften Einblick in das Wesen und die Funktionsweise der Schweizer Politik. So können zu jedem Mitglied der eidgenössischen Räte essenzielle Daten wie Interessenbindungen, Kommissionszugehörigkeit und politische Ämter abgerufen werden. Mittels der interaktiven Anwendung «Wo stehe ich im Parlament?» können die

User von swisspolitics.org ermitteln, welche Parlamentarier in den eidgenössischen Räten ihre Meinung am besten vertreten. Zusätzlich enthält die Datenbank detaillierte Informationen zu Abstimmungen, Initiativen, Referenden und Wahlergebnissen sowie kommentierte Linksammlungen zu den Themen «Demokratie» und «Humanitäre Tradition». User haben aber auch die Möglichkeit, selbst mitzureden und mitzumachen. So können eigene Ideen und Anliegen durch die Lancierung einer Online-Petition oder eines eigenen Forums eingebracht

werden. Serviceleistungen wie der SMS/E-Mail-Abstimmungswecker sowie Spiele runden die Angebote auf swisspolitics.org ab. swisspolitics.org ist eine Satelliten-Site der News-Plattform swissinfo (www.swissinfo.org), eine multimediale Plattform für Auslandschweizer sowie an der Schweiz interessierte Ausländer. Sie informiert in neun Sprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch, Spanisch, Portugiesisch, Arabisch, Japanisch und Chinesisch) über aktuelle Ereignisse in der Schweiz und im Ausland.

Anzeige

bis 80 Personen

CH'BOUCHEE
Chinoise, Bourguignonne, Cheese Fondues

SPYCHER FONDUE-HOUSE

Eisengasse 15 ▲ 6004 Luzern Switzerland

天香樓

▲ Phone +41-41 412 37 37 ▲
▲ Fax +41-41 410 43 53 ▲
▲ email restaurant@fondue-house.ch ▲
▲ www.fondue-house.ch ▲

Sommer-Universität 2002 in Neuenburg

**vom 19. bis 23. August 2002
Université de Neuchâtel**

**Die Jungfreisinnigen
und die FDP Schweiz
mit Blick auf die Wahlen 2003**

- Themen**
- Wahljahr 2003. Die Ziele der FDP und jfs
 - CH-Parteienlandschaft im Umbruch
 - Globalisierung und Liberalismus
 - Freisinnige Sachpolitik
 - Einsteiger(innen) oder Jungpolitiker(innen)
 - Rückblick eines Ex-Parlamentariers
 - Die freisinnige Schweiz 2003–2007
 - Politik und Medien
 - Medienarbeit / Medientraining

Veranstaltung

FDP-Vereinigung öffentlicher Dienstag Einladung



Veranstaltung vom 2. Mai 2002

18.15 Uhr Im Käfigturm, Bern

Podiumsgespräch zum Thema:

Swissair, Swiss, Swisswings: Luftfahrt in der Krise?

Podium: Paul Kurrus, FDP-Nationalrat, Reinach BL
Charles Riesen, Direktor Flughafen Bern-Belp (Alpar AG)
Roland Joray, Präsident Interessengemeinschaft Berner Luftverkehr (IGBL)
Anschliessend: Apéro

Veranstaltung vom 6. Juni 2002

18.15 Uhr Im Käfigturm, Bern (während der Sommersession)

Podiumsdiskussion zum Thema:

USIS und Schengen Perspektiven für die innere Sicherheit der Schweiz

Podium: Bruno Zuppiger Nationalrat SVP, ZH
Vertreter des BAP und der Militärischen Sicherheit
Anschliessend: Apéro

Wahrung der nationalen Interessen...

... statt voreilige Kompromisse zu den Bilateralen II

Mit den am 1. Juni in Kraft tretenden bilateralen Verträgen werden die aussenwirtschaftlichen Interessen unseres Landes im Verhältnis zur Europäischen Union optimal gewahrt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist der Bilateralismus volkswirtschaftlich die beste Option. Losgelöst von der Frage der innenpolitischen Akzeptanz eines allfälligen EU-Beitritts, bilden die Bilateralen somit alles andere als ein kurzfristiges Abstellgeleise. Sie offerieren vielmehr in den sieben Verträgen gleichlange Spiesse für unsere Volkswirtschaft und lassen gleichzeitig in standortrelevanten Fragen, wie in der Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, genügend Raum für attraktive Rahmenbedingungen offen.

Von Nationalrat Gerold Bührer, Präsident der FDP Schweiz, Thayngen (SH)

Entwicklungen hochstilisiert. Dabei wird gerne übersehen, dass in Sachen Steuer- und Zollbetrug kein Schutz unter dem Bankkundengeheimnis möglich ist. Die Rechts-hilfe ist in den vergangenen Jahren bekanntlich ausgebaut worden, und auch beim Zollbetrug hat die Schweiz seit langem Entgegenkommen signalisiert. Wie bereits schon bei der Geldwäscherei kann auch hier von der Sache her der Schweiz kein Manko vorgeworfen werden. Für die Zolldelikte sind die getroffenen beziehungsweise offerierten Massnahmen absolut ausreichend. Der EU geht es aber darum, eine umfassende Rechts- und Amtshilfe auch überall dort durchzusetzen, wo schweizerische Gesetze dies nicht vorsehen. Der Hintergrund der jüngsten Verhandlungsblockade dürfte letztlich einmal mehr das strategische Ziel der EU sein, das Bankkundengeheimnis unseres Landes zu eliminieren. Kommissionspräsident Prodi hat



Gerold Bührer

dies in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» unlängst unverhohlen offengelegt. Es ist daher umso mehr erstaunlich, dass da und dort in dieser Frage eine derartige Kompromissbereitschaft aufgefunden ist.

Güterabwägung vor Preisgabe nationaler Standortvorteile

Selbstverständlich bedeutet Bilateralismus immer auch die Notwendigkeit von Kompromissen. Diesen Umstand unter den Tisch wischen zu wollen, wäre alles andere als realistisch. Nur muss die Frage erlaubt sein, ob ein Kompromiss in einem äusserst sensiblen Bereich wie dem des Bankkundengeheimnisses durch andere Vorteile überhaupt aufgewogen werden könnte. Zudem ist auch zu hinterfragen, ob ein Entgegenkommen auf lange Sicht überhaupt etwas

Dossiers anstehende volkswirtschaftliche Nutzen. Ein Unterbruch der Verhandlungen muss daher in Kauf genommen werden. Wegen des Interesses der EU an einer Einigung bei der Zinsbesteuerung dürfte die Blockade kaum ewig dauern.

Keine Schwächung des Finanzplatzes

Der schweizerische Finanzplatz ist ein zentraler Pfeiler unseres Wohlstandes. Rund ein Sechstel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung wird durch diese Branche erbracht. Dabei steht bekanntlich das Geschäft mit der internationalen Privatkundschaft im Vordergrund. Dieses Geschäft lebt neben der Professionalität vor allem vom Vertrauen in eine verlässliche Rechtsordnung. Die massive Verwerfung der SP-Bankeninitiative 1984 hat darüber hinaus politisch deutlich gemacht, dass seitens der Stimmberechtigten keine Bereitschaft besteht, hier kürzer zu treten. Eine allfällige Aufweichung des gesetzlich verankerten Bank-

Fortsetzung auf Seite 10

Anzeige



Die Weiterentwicklung des bilateralen Weges ist zweifellos wünschbar. Insbesondere im Bereich der Dienstleistungen oder aber bei der Veredelung landwirtschaftlicher Produkte ist eine zusätzliche Marktöffnung von Vorteil. Ähnliches kann bezüglich des Erstasyabkommens von Dublin geltend gemacht werden. Kontrovers sind dagegen die Meinungen bezüglich eines Beitritts zum EU-Sicherheitsraum gemäss Schengen. Wie auch immer die Vor- und Nachteile bezüglich Schengen gewichtet werden, die Qualität der inneren Sicherheit hängt letztlich wesentlich von den eigenen nationalen Anstrengungen ab. Dies belegen nicht zuletzt Vergleiche innerhalb der EU-Staaten deutlich. Im Zusammenhang mit dem Dossier Zollbetrug wird, wie zu erwarten war, das Bankkundengeheimnis einmal mehr zur Nagelprobe weiterer bilateralen

Fortsetzung von Seite 9

kundengeheimnisses müsste mit einem Referendum bekämpft werden. Wer mit Formulierungen wie «Konzentration auf den Kern des Bankkundengeheimnisses» operiert, unterschätzt die Sensibilität dieser Angelegenheit. Die Unterteilung beispielsweise in direkte und indirekte Steuern würde insbesondere von den im Wettbewerb stehenden ausländischen Finanzplätzen als Zeichen einer weiteren Aufweichung dieses helvetischen Markenzeichens bewertet. Dank der weltweiten Vernetzung sind aber gerade in der Vermögensverwaltung geografische Verschiebungen problemlos und rasch umzusetzen. Wer diese Dimension herunterspielt, verkennt die

Eigenheiten dieses internationalen Geschäftes. Ein Nachgeben hält daher einer Güterabwägung bezüglich unseren nationalen Interessen in keiner Weise stand.

Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Nachteilen, würde mit einem voreiligen Entgegenkommen auch die bundesrätliche Standfestigkeit in Zweifel gezogen werden. Denn, nach dem Beschluss der EU-Finanzminister über die Zinsbesteuerung hat der Bundesrat ausgeführt, dass am Bankkundengeheimnis nicht gerüttelt werde. Er hat darüber hinaus auch verschiedene Bedingungen offengelegt, welche erfüllt sein müssten, damit unser Land eine Zinsbesteuerung mit Rückerstattung an EU-Länder einführen könnte. Eine zentrale Auflage dabei

war, dass andere bedeutende Finanzplätze ausserhalb der EU mitziehen müssten. Dies ist aus heutiger Warte weder aus Washington noch aus Singapur erkennbar.

Verbesserungsbedürftige Verhandlungstaktik

Aussenpolitische Verhandlungen scheinen nicht zu den Stärken des Bundesrates zu gehören. Beim Luftfahrtsabkommen mit Deutschland billigte der Verkehrsminister auf Grund fragiler Eckwerte in ein weder ökologisch noch wirtschaftlich überzeugendes Abkommen ein. Und nun, in einer schwierigen Phase der Gespräche mit der EU, lassen Chefbeamte Rauchzeichen zugunsten eines Entgegenkommens Richtung Brüs-

sel aufsteigen. Mit öffentlichen Anspielungen auf einen Kompromiss bei den indirekten Steuern oder einer realitätsfremden Herabspielung der Bedeutung des Bankkundengeheimnisses leistet man aber der schweizerischen Seite einen Bärendienst. Es bleibt zu hoffen, dass sich der Bundesrat wieder auf seine Verantwortung besinnt und einem medialen Herumbieten von Kompromissen den Riegel schiebt. Es geht bei der gegenwärtigen Verhandlungsspanne um weit mehr als um den schweizerischen Finanzplatz. Es geht staatspolitisch darum, dass die von der EU geforderte Übernahme des Acquis und somit die Weiterentwicklung von EU-Recht ohne unsere Mitbestimmung den eingeschlagenen Weg des Bila-

teralismus sprengen würde. Man kann es insbesondere in diesem heiklen Bereich nicht zulassen, dass die Schweiz ohne Mitbestimmung in die Rechtsweiterentwicklung der EU eingebunden wird. Wer sich für die verzerrende Behauptung einspannen lässt, bei der geforderten Lockerung des Bankkundengeheimnisses gehe es um den Tatbeweis in Sachen Verbrechensbekämpfung, liegt falsch. Unser Land hat diesbezüglich und im Bereich der Geldwäscherei bereits international beachtete Massstäbe gesetzt. Es rechtfertigt sich daher auch unter diesem Titel keinesfalls, in Eile finanz- und staatspolitisch problematische Kompromisse einzugehen. ■

FDP = Wirtschaftspartei?

Leserbrief

Zuerst waren es wohl die andern, die mit böser Absicht die FDP als «Wirtschaftspartei» apostrophierten. Jetzt nehmen aber manche ihrer eigenen Exponenten die Bezeichnung nur allzu eifrig für sich in Anspruch. Wen wundert's da, dass all die schockierenden Vorgänge, die in letzter Zeit im wirtschaftlichen Bereich ans Licht gekommen sind, der FDP in die Schuhe geschoben werden? Und wer ist darüber erstaunt, dass sich viele liberal gesinnte Mitbürgerinnen und Mitbürger aus allen Bevölkerungskreisen von der Partei abwenden, in der sie

sich eigentlich zu Hause fühlten? Zeugt es von Weitblick, sich auf diese Weise vom politischen Gegner in die Ecke drängen zu lassen und ihm gar noch selber mit seiner übelwollenden Ausdrucksweise in die Hände zu spielen? Sind politischer Freisinn und Wirtschaft wirklich deckungsgleich?

Vorab ist klarzustellen, dass «die Wirtschaft» nicht gleichzusetzen ist mit den Unternehmern, den Konzernen, den Kapitalgebern, den Banken und den Managern. Zur Wirtschaft gehören alle, die mit Arbeit oder Kapital, auch mit weniger qualifizierten Tätig-

keiten, als Sparheftbesitzer, Kleinaktionäre, Konsumenten oder wie auch immer zur Herstellung und zum Verbrauch von Gütern oder zur Erbringung von Dienstleistungen beitragen. So gesehen ist es zum Vornherein fragwürdig, zwischen dem wirtschaftenden und dem politisierenden Bürger einen Gegensatz zu konstruieren. Wird aber in irreführender Weise der Begriff Wirtschaft auf die Grosskonzerne, Banken, Manager usw. eingeschränkt, so kann eine politische Partei, die sich selber als Wirtschaftspartei bezeichnen lässt, logischerweise nur

eine solche sein, deren einziger Zweck die Vertretung eben dieser Interessen ist. Der Vergleich mit der Autopartei, deren eindimensionales Credo im Auto seine Erfüllung fand, liegt nahe. Steuert die FDP in diese Richtung?

Der schweizerische Bundesstaat verdankt seine Entstehung wie auch seine laufende Anpassung an die Erfordernisse der Zeit in erster Linie freisinnigem Gedankengut und der Tatkraft freisinniger Politiker. Eine demokratische Verfassung, Rechtsstaatlichkeit, individuelle Freiheit, innere und äussere Sicherheit sowie eine auf existenzielle Bereiche ausgerichtete, nach Möglichkeit subsidiäre Staatstätigkeit waren bis anhin die hauptsächlichsten Anliegen freisinniger Politik.

Dazu gehört unbestrittenmassen auch die Bewahrung einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung und der entschlossene Kampf gegen alle systemwidrigen, die private Initiative abtötenden Reglementierungen und Staatseingriffe. Auch die Wirtschaftsfreiheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für die freie Entfaltung des mündigen Bürgers, aber eben nicht die einzige. Die massgebenden Gremien der Partei und ihre Exponenten wären gut beraten, wenn sie es nicht zulassen würden, dass die FDP zur Freude ihrer Gegner zur exklusiven «Wirtschaftspartei» verkommt.

H. Schreiber,
alt Kantonsrat,
St. Gallen

Ein Ja zur Fristenregelung ...

... ist kein Ja zu mehr Schwangerschaftsabbrüchen

Das Grundrecht von Frauen respektive Paaren, frei und in eigener Verantwortung über Zahl und Zeitpunkt der Geburt von Kindern zu entscheiden, ist international anerkannt. Dieses Recht muss die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs als eigentliche ultima ratio einschliessen.

Von FDP-Nationalrat
Felix Gutzwiller, Zürich

Mit der im kommenden Juni zur Abstimmung gelangenden Fristenregelung haben die eidgenössischen Räte nach intensiver Beratung eine Vorlage ausgearbeitet, welche den Schwangerschaftsabbruch in den ersten 12 Wochen entkriminalisiert. Nicht mehr und nicht weniger. Ein Ja zur Fristenregelung am 2. Juni ist also kein Ja zu mehr Abbrüchen, wie die Gegner der Vorlage fälschlicherweise behaupten.

Ein verantwortungsvoller Entscheid

Am 23. März 2001 haben die eidgenössischen Räte nach intensiver Beratung einer Fristenregelung zugestimmt. Ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten 12 Wochen soll entkriminalisiert und die Entscheidung darüber der schwangeren Frau respektive dem Paar überlassen werden. Ab der 13. Woche ist ein Abbruch nur noch aus medizinischen Gründen möglich. Die Fristenregelung anerkennt grundsätzlich die Schutzwürdigkeit vorgeburtlichen Lebens: Der Schwangerschaftsabbruch bleibt im Strafgesetz gere-

gelt. Wenn sich die Frau jedoch in einer Notlage befindet, wird ihrem Recht auf Selbstbestimmung innerhalb einer Frist von 12 Wochen der Vorrang eingeräumt.

Vor dem Eingriff hat die Ärztin oder der Arzt die Frau umfassend zu informieren und zu beraten und sie auf Hilfsangebote aufmerksam zu machen. Damit wurde eine vernünftige und verantwortungsvolle Lösung gefunden.

Unzweifelhaft rückläufige Tendenz

In der Schweiz rechnet man jährlich mit rund 13 000 Schwangerschaftsabbrüchen. Dabei handelt es sich um Schätzungen, da in vielen Kantonen, so namentlich auch im Kanton Zürich, keine genauen Zahlen existieren (keine Meldepflicht). Allerdings kann kein Zweifel bestehen, dass die Tendenz gegenüber den 60er und 70er Jahren rückläufig ist, trotz einer deutlichen Liberalisierung der Praxis.

Umgekehrt hat sich in diesem Zeitraum die Schwangerschaftsverhütung deutlich verbessert. Seit 1961 ist die Pille in der Schweiz erhältlich. Studien zeigen, dass 1980 knapp die Hälfte der Paare in der Schweiz sichere Verhü-

tungsmittel (Sterilisation, Pille, Spirale) gebraucht haben. Heute sind es über zwei Drittel aller Paare.

Rückläufiger Abtreibungstourismus

Die Kantone Genf, Neuenburg, Waadt und Zürich waren seit je die hauptsächlichsten Zielkantone des sogenannten innerschweizerischen Abtreibungstourismus. In Genf, Neuenburg und der Waadt ist dieser heute fast verschwunden. Es ist anzunehmen, dass die Entwicklung im Kanton Zürich ähnlich verlaufen ist. Immer mehr Kantone der Ost- und Zentralschweiz und des deutschschweizerischen Mittellandes sind zunehmend liberal geworden, so dass immer weniger Frauen anderswo Hilfe suchen müssen.

Prävention statt Strafe

Das Grundrecht der Frauen und Paare, frei und in eigener Verantwortung über Zahl und Zeitpunkt der Ge-



Felix Gutzwiller ist immer bemüht, den Andersdenkenden mit stichhaltigen Argumenten zu überzeugen. Bild: rus

burt von Kindern zu entscheiden, ist international anerkannt. Dieses Recht muss die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs als Notlösung einschliessen, denn jede Verhütung kann versagen. Es ist höchste Zeit, dass auch die Schweiz den selbstverantwortlichen Gewissensentscheid der Frau in dieser existenziellen Frage respektiert. Die internationale Erfah-

rung beweist, dass sich Abtreibungszahlen nicht mit Strafparagrafen, sondern nur mit Prävention vermindern lassen: Sexualinformation, leichter Zugang zu allen Methoden der Schwangerschaftsverhütung, ein gutes soziales Netz für Mütter mit Kindern.

Ein Ja zur Fristenregelung am 2. Juni ist also kein Ja zu mehr Abbrüchen, im Gegenteil. ■

Anzeige

Wir freuen uns auf Sie.

2x in Zürich
World Trade Center
Stockerhof

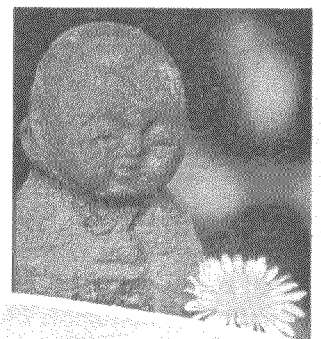
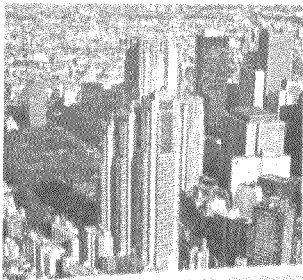
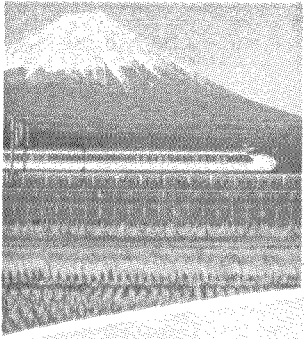
Wenn Sie angenehm + erfolgreich arbeiten wollen:

- Top-Offices für 1 bis 250 Arbeitsplätze
- flexibler Service, flexible Mietdauer
- hochwertige Vollausstattung
- Repräsentative Geschäftsadresse
- erstklassiges Umfeld

www.regus.com
tel. +41 1 208 37 09

Regus

4x in der Schweiz, über 300x weltweit



Japan

Exklusive FDP-Wirtschaftsreise nach Japan & China vom 5. bis 15. Oktober 2002

Die FDP organisiert eine Wirtschaftsreise nach Japan und China.

Beide Länder sind in grosser Bewegung. Experten und Politiker fürchten den Zusammenbruch der japanischen Wirtschaft, und das Weisse Haus in Washington taxiert China als die neue Wirtschaftsmacht. Bei einem konstanten jährlichen Wachstum von 10% ist dies keine euphorische Betrachtung mehr!

Wir blicken auf unserer Reise hinter die Kulissen.

Wir treffen bekannte Schweizer Journalisten, kommen mit Wirtschaftsexperten beider Länder zusammen und besuchen Produktionsstätten. Vergnügen und Entspannung kommen nicht zu kurz. Für Partnerinnen und Partner stehen diverse Alternativprogramme zur Auswahl.

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Veranstalter ist die seit 15 Jahren auf Incentivereisen spezialisierte Agentur Cotravel AG in Allschwil/BL. ■

Highlights:

Japan:

- Sushi, Kabuki-Theater und Shinto-Schreine in Tokyo.
- Kulturhistorische Stadt Kyoto.
- Besichtigung der Toyotawerke.
- Zusammentreffen mit Urs Schöttli (NZZ) und Wirtschaftsexperten.
- High-Speed-Zug Shin Kan Sen.
- Heiliger Berg Fuji.

China:

- Yü-Garten, Jadebuddha-Tempel und der Bund in Schanghai.
- Vortrag eines Unternehmensberaters zur Entwicklung Chinas.
- Firmenbesuch.
- Begleitung in Peking durch Peter Achten (SF DRS/Ringier).
- Dinner nach alten Rezepten der KP mit Maos Lieblingsspeisen.
- Fahrt durch die alten Stadtteile Pekings in Rikschas.
- Besuch einer Chinaoper.
- Grosse Mauer und Kaiserpalast.

Kosten und Leistungen:

Die Reise kostet CHF 7690.-

Im Preis enthalten sind:

- alle Linienflüge in der Economy-Klasse
- alle Übernachtungen (Basis Doppelzimmer / Erstklass-hotels)
- alle Transfers (inkl. Shin Kan Sen)
- alle Referate und Begleitpersonen
- alle Eintritte und die Halbpension.

Im Preis ausgeschlossen sind:

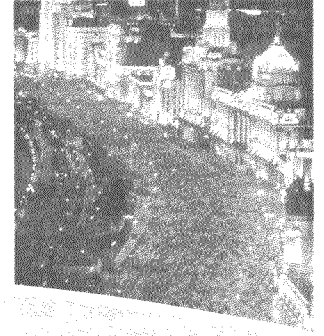
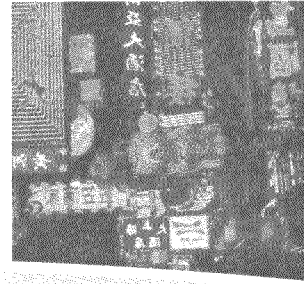
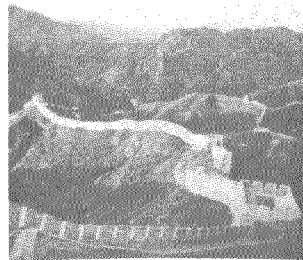
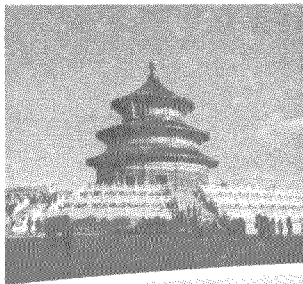
- die Flughafentaxen
- Visagebühren
- die Getränke und die Trinkgelder.

Einzelzimmer und Flug in Business-Klasse sind auf Anfrage gegen Aufpreis möglich.

www.cotravel.ch

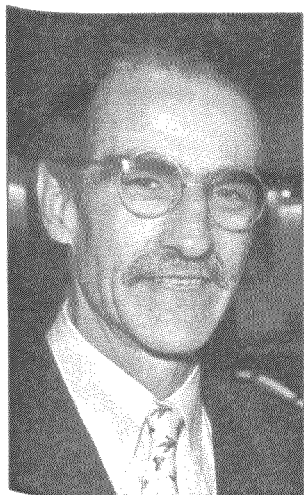


 REISEGARANTIE



China

Eine mit Höhepunkten gespickte Reise zur alten und neuen Wirtschaftsmacht der Welt.



mationen zu Politik und Wirtschaft liefern – und Sie werden China plötzlich aus einer ganz anderen Perspektive sehen und erleben. Seit der Nominierung von Peking zur Olympiastadt liegt diese erst recht im Umbruch, und vieles verändert sich. Ich freue

mich, Sie hier in Peking zu begrüßen!

Ihr Peter G. Achten

Unter anderem treffen wir:

Eugen von Keller: Er ist Unternehmensberater und in Japan und China für diverse Firmen tätig.

Urs Schöttli: Er ist ehemaliger Generalsekretär und Vizepräsident der Liberalen Internationale und Mitglied der FDP Schweiz International.

Herzlich willkommen in Asien!

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Wenn Sie dieses Jahr im Oktober in meine neue Heimat kommen, dann freuen Sie sich auf eine eindrucksvolle Reise. Seit Jahren lebe und arbeite ich in Peking und habe auf meinen ausgedehnten Reisen das «Reich der Mitte» sehr gut kennen gelernt. Ich kann Ihnen viel Hintergrundinfor-

Detailunterlagen

Senden Sie mir die Detailunterlagen zur Wirtschaftsreise der FDP nach Japan und China.

Bitte legen Sie Ihrem Schreiben Anmeldeformular(e) bei.

Name:

Vorname:

Adresse:

PLZ/Ort:

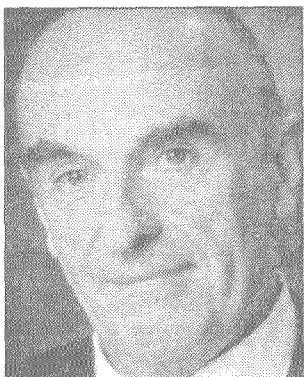
Tel. tagsüber:

Einsenden an: «FDP Wirtschaftsreise», cotravel, Postfach 36, 4123 Allschwil 3.

Der Finanzplatz ist kein Faustpfand

Die Schwächung bedeutet einen Verlust an Wohlstand

Unser Land lebt heute hauptsächlich vom Erfolg von fünf Wirtschaftszweigen, nämlich: der Pharmaindustrie, dem Maschinen- und Apparatebau, der Uhrenindustrie, dem Tourismus sowie dem Finanz- und Bankenplatz. Diese Bereiche erbringen immer wieder Spitzenleistungen, und sie vergeben Aufträge an zahlreiche kleinere Branchen. Zusammen beschäftigen sie weit über eine halbe Million Mitarbeitende und verantworten über 80% aller Exporte.



Hans-Rudolf Merz

Von Hans-Rudolf Merz,
Herisau, Ständerat
FDP/AR

Diese fünf Branchen bilden das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Deren

Schwächung bedeutet einen Verlust an Wohlstand; deren Verschwinden hätte zudem den Verlust an Bedeutung der Schweiz zur Folge. Auf den Punkt gebracht: Wovon sollen wir dereinst leben, wenn die Exportpfeiler fallen? Wir müssen zu diesen Wirtschaftszweigen Sorge tragen und deren Entwicklung begünstigen, nicht behindern oder gar gefährden. Von Finanz-, Wettbewerbs-,

Arbeits- und Infrastrukturbedingungen abgesehen, sollen sie unter optimalen Voraussetzungen arbeiten können. Dazu gehören u. a. eine grosszügige Forschungs- und Bildungspolitik, die bestmöglichen Export- und Währungsbedingungen sowie eine ausgewogene Raumplanung.

Ein wichtiges Element für den Finanzplatz Schweiz ist das Bankkundengeheimnis. Es garantiert den Schutz der Privatsphäre und ermöglicht den in- und ausländischen Kunden eine diversifizierte Vermögensanlage. Strafrecht, strenge Spezialgesetze, Sorgfaltsvereinbarungen und staatliche Aufsicht verhindern Missbrauch. Nun ist die Rede, man solle der EU im bilateralen Bereich durch die «Konzentration auf den Kerngehalt» des Bankgeheimnisses

entgegenkommen. Das ist gut gemeint, aber falsch. Das dauernde, EU-willfähige Rütteln am gesetzlichen Bankkundengeheimnis führt nämlich zu Verunsicherungen und damit zur Gefährdung eines tragenden Zweiges unserer Volkswirtschaft. Ohne enges Einvernehmen mit dem Bankenplatz darf in Sachen Schengen/Dublin sowie in Dossiers wie Zinsbesteuerung, Betrugsbekämpfung und Dienstleistungsverkehr deshalb kein Landesinteresse gel-

tend gemacht werden. Amts- und Rechtshilfe bedürfen – wenn schon – abschliessender Definitionen, eine direkte Fiskalität und die automatische Übernahme des EU-Acquis kommen nicht in Frage. Das Bankkundengeheimnis darf deshalb nicht als Faustpfand für bilaterale Verträge geopfert werden. Der missgünstige Finanzplatz London und die europäischen Steuerharmenisierer würden sich ins Fäustchen lachen. ■

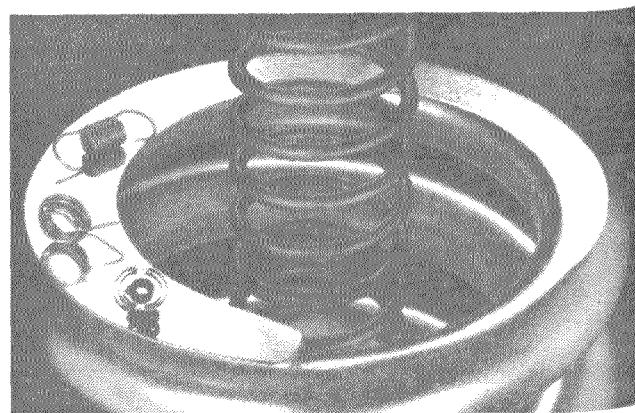
Anzeige

Unterstützen Sie bitte unser Ja

Nach dem deutlichen Ja der FDP-Delegierten in Hergiswil freuen wir uns, wenn Sie das Ja-Komitee mit einer Einzahlung auf das Konto 30-539967-3 unterstützen.

Komitee Ja zur Fristenregelung

Weltweit federführend...



...in Technologie, Qualität und Partnerschaft...

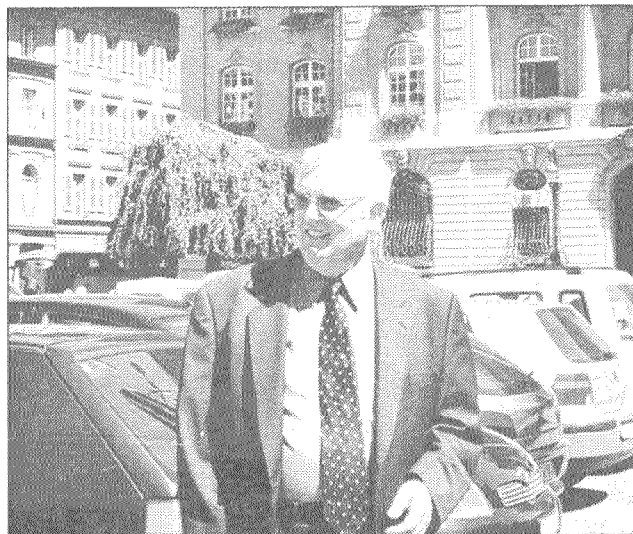
BAUMANN FEDERN AG
Postfach, CH-8630 Rüti/Schweiz
Tel. 055/2868 111, Fax 055/2868 511
www.baumann-springs.com
E-Mail: Info@baumann-springs.com



BVG-Revision ohne Referendum

Freisinnige Kompromisse im Rahmen der Sondersession 2002

Schon am ersten Nachmittag der dreitägigen Sondersession konnte der Nationalrat bei der Revision der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) über einen der Hauptstreitpunkte entscheiden. Die zweite Säule soll nach dem Willen der grossen Kammer (98 zu 81 Stimmen) von heute 24 720 Franken auf 18 540 Franken Jahreslohn gesenkt werden.



Hans Rudolf Gysin geht davon aus, dass der Kompromiss auch im Ständerat seine Unterstützer finden wird.

Von FDP-Nationalrat
Hans Rudolf Gysin,
Pratteln (BL)

Damit will man Teilzeitanestellte und Kleinverdiener vom BVG profitieren lassen. Die dabei entstehenden Mehrkosten von 660 Millionen Franken sollen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam übernommen werden. Diese Eintrittsschwelle kann von Einkünften bei mehreren Arbeitgebern erzielt werden. Ein Verdienst, dass es zu diesem Kompromiss kam, kommt der freisinnigen Aargauer Nationalrätin Christine Egerszegi zu, die sich unermüdlich für diese Lösung eingesetzt hat. Nachdem sie sich noch vor einem Jahr dagegen gewehrt hatte, dass bei der 11. AHV-Revision über die Stränge geschlagen wurde, setzte sie sich jetzt bei der beruflichen Vorsorge dafür ein, dass einkommensschwächere und teilzeitangestellte Arbeitneh-

mer, unter denen es ja einen Grossteil Frauen gibt, Verbesserungen erreichen können. Dabei gab es eine ganze Kaskade von Abstimmungen, die schliesslich bei den beschlossenen 18 540 Franken endete.

6,8 Prozent in zehn Jahren

Der Hauptstreitpunkt des zweiten Tages war der Umwandlungssatz, mit dem aus dem angesparten Kapital samt Zinsen die jährliche Altersrente errechnet werden kann. Dass dieser gesenkt werden müsse, war mehr oder weniger allen klar. Nach langen Diskussionen setzten sich 6,8 Prozent innert 10 Jahren gegenüber heute 7,2 Prozent durch. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Satz von 6,65 Prozent in 13 Jahren hatte keine Chance. Damit hat der Rat auf die steigende Lebenserwartung reagiert. An-

träge nach oben oder unten wurden abgelehnt. Mit dem Kompromiss von 6,8 Prozent kann verhindert werden, dass die Übergangsgeneration Renteneinbussen in Kauf nehmen muss.

AHV und BVG im Schritt

Unbestritten blieb die Abstimmung des BVG auf die AHV. Ab 2009 gilt für Frauen und Männer das Rentenalter 65 mit der Möglichkeit, ab 60 Jahren eine gekürzte Rente zu beziehen. Für paritätische Verwaltungen in grossen Pensionskassen soll die Transparenz verbessert werden. Um Missbräuche der steuerprivilegierten zweiten Säule in Zukunft zu verhindern, begrenzte der Rat gegen den Widerstand der Kommission mit 118 zu 43 Stimmen das versicherbare Einkommen auf 741 600 Franken pro Jahr, was auch von der Linken

mit Blick auf den Kompromiss akzeptiert wurde.

Ein Viertel mit Interessenbindungen

Der in der Eintretensdebatte gestellte Ordnungsantrag nach Offenlegung der Verbindungen zu Versicherungen, Banken und Pensionskassen ergab, dass 53 Ratsmitglieder oder ein Viertel aller Ratsmitglieder Interessenbindungen mit Versicherungen oder Vorsorgeeinrichtungen haben. 109 Ratsmitglieder gaben an, keine Interessenbindungen zu haben. 37 Ratsmitglieder wollten sich nicht äussern, 9 der SP, 8 der SVP, je 5 der CVP und der FDP, je 2 der Liberalen und der EVP. Keine Angaben auch von der Lega, den Schweizer Demokraten und der PdA.

Kein grosser Durchbruch, aber verantwortbarer Kompromiss

Man kann den Kopf darüber schütteln, dass sich in einer Zeit, da sich auch die Bürgerlichen über die grossen Abzocker bei Swissair, ABB und andern Grossunternehmen entsetzten, Wirtschaftsleute darüber empörten, dass Menschen mit kleinem Einkommen sich in einer Pensionskasse versichern dürfen. Diese wollen ja nicht mehr, als selber einen Teil an ihre Altersvorsorge leisten. Der nun getätigte vorsichtige Kompromiss dürfte auch im Ständerat Vertreter finden, was bedeuten würde, dass den

von Arbeitgeberseite geäusserten Referendumsdrohungen der Boden entzogen werden dürfte. Jene Branchen, die es mehr treffen wird, weil sie mehr Angestellte mit tiefen Löhnen beschäftigen, etwa das Gastgewerbe oder das Reinigungsgeschäft, arbeiten im Binnenmarkt – gut geschützt vor ausländischer Konkurrenz. Sie können die Mehrkosten daher auf die Kunden abwälzen und werden dies zweifelsohne auch tun. Im Gesamten gesehen werden diese Mehrkosten auch von Kunden- seite besser ertragen, als wenn wegen wachsender Sozialkosten Steuererhöhungen angesagt werden müssen. Nichts aber spricht dagegen, dass auch wer wenig verdient, möglich selbst für das Alter vorsorgt. Hier kommt jene Eigenverantwortung zum Tragen, die auch von bürgerlicher Seite immer wieder gefordert wird. ■

Anzeige

IN BESTEN HÄNDEN
ist Ihre Liegenschaft bei unseren professionellen, erfolgsorientierten Verkäufern. Verlangen Sie eine unverbindliche Offerte.



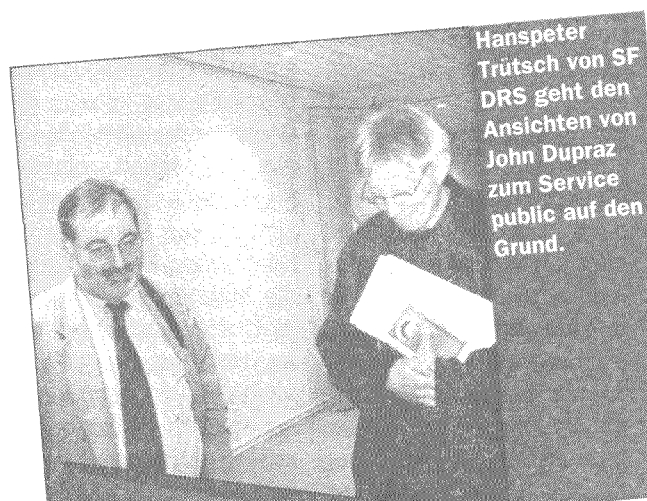
WALDE & PARTNER
IMMOBILIEN
FÜR PRIVATE UND ANLEGER
8702 ZOLLIKON www.walde.ch
TEL 01 396 60 60 FAX 01 396 60 98

Gerold Bührer ein Jahr FDP-Präsident

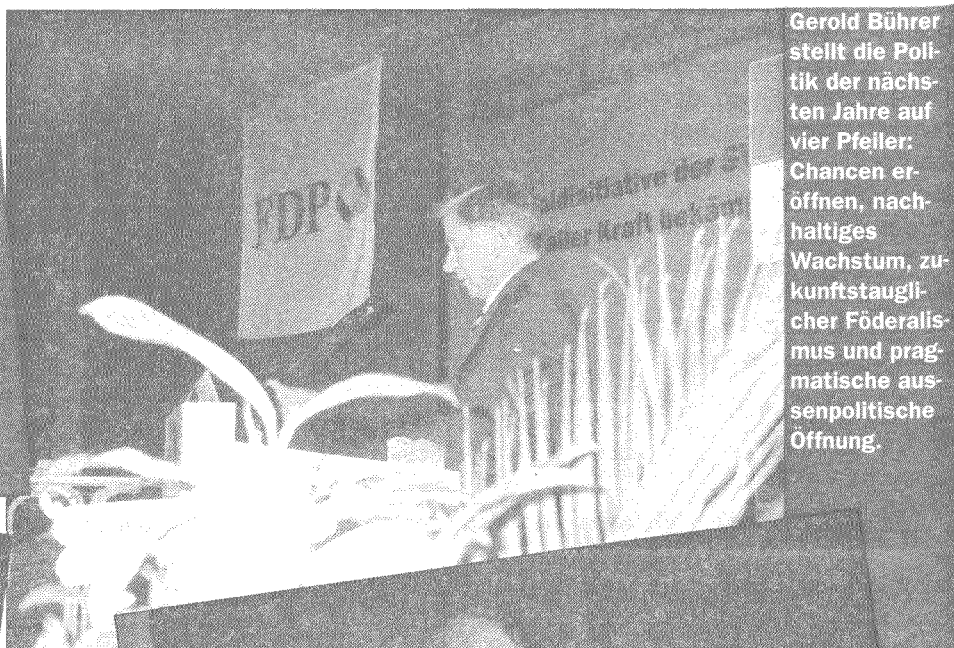
Von Bildung und Forschung bis hin zu Sicherheit und Migration

In seiner Ansprache am ordentlichen Parteitag in Hergiswil zeigte sich der Parteipräsident glücklich über den klaren Uno-Entscheid des Schweizervolkes. In einem Satz hiess dies für Bührer: «Der weltoffene Patriotismus hat gewonnen und wird weiterhin gewinnen.»

Vorausschauend fasste er diesen Vertrauensbeweis in die FDP-Politik in den Worten pragmatisch, berechenbar und selbstbewusst zusammen. Worte, die durchaus in den Wahlslogan der FDP passen könnten.



Hanspeter Trütsch von SF DRS geht den Ansichten von John Dupraz zum Service public auf den Grund.



Gerold Bührer stellt die Politik der nächsten Jahre auf vier Pfeiler: Chancen eröffnen, nachhaltiges Wachstum, zukunftstauglicher Föderalismus und pragmatische ausserpolitische Öffnung.



Die St. Galler Delegierten demonstrieren auch an der DV Geschlossenheit.



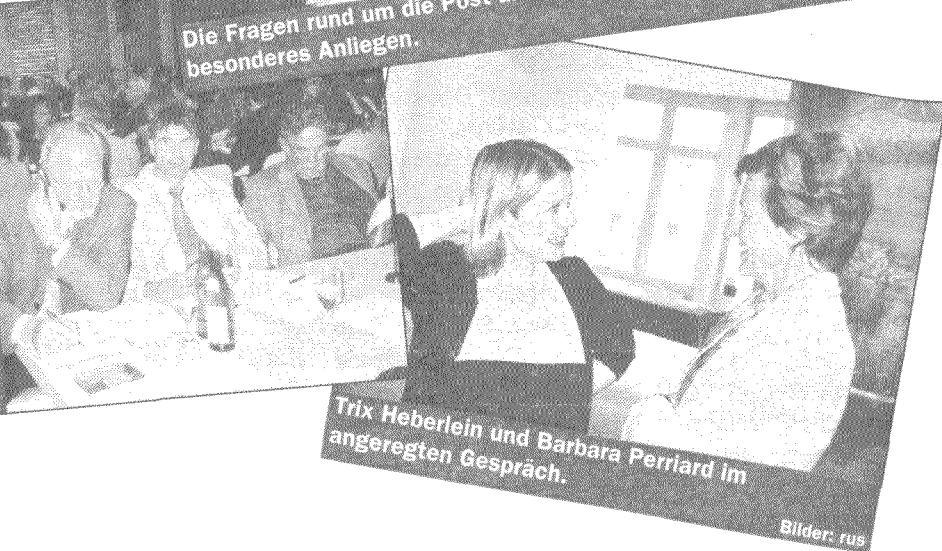
Die Fragen rund um die Post und Elektrizität waren John Dupraz ein besonderes Anliegen.



Marc F. Suter wird am Rande der DV zum FDP-Familien-Papier befragt.



Welchen Pfeiler die drei Luzerner Delegierten bevorzugen, lässt sich hier nicht ausmachen.



Trix Heberlein und Barbara Perriard im angeregten Gespräch.

Bilder: rus

Wie kommen FDP-Männer zu -Frauen?

Leitfaden für Präsidenten und Sekretäre

Eine Anfrage aus dem Wallis an die Geschäftsleitung der FDP-Frauen Schweiz und die Antwort darauf (auszugsweise) dürften weitere Kreise und Kantonalpräsidenten interessieren:

*Von Betty Fahrni-Jones,
Mitglied Geschäftsleitung
FDP-Frauen Schweiz*

Ihr Brief vom betreffend die Rekrutierung von Frauen für die FDP hat uns gefreut. Es ist in der Tat nicht einfach, Frauen für den Einsatz in der Politik zu motivieren. Mit diesem Problem stehen Sie nicht allein da, aber damit, dass Sie es angehen wollen, schon eher! Das Image der FDP-Frauen, das nach wie vor in der Öffentlichkeit vorherrschend ist, ist dasjenige von wohlhabenden Fabrikanten-Ehefrauen. Es stimmt

schon längst nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. Die FDP-Frau von heute ist gut ausgebildet und meistens auch berufstätig. Es sind Akademikerinnen, Frauen in leitender Stellung in Firmen, KMU-Frauen, Familienfrauen, Selbständigerwerbende, Freiberufliche. Eher wenige sind in pädagogischen Berufen oder Pflegeberufen zu finden. Dies liegt wohl auch am Image der FDP als Wirtschaftspartei, obwohl wir uns mit allen Facetten der Gesellschaftspolitik auseinandersetzen. Ein Image haftet lange! Wie wir aus den Regionen erfahren, sind zurzeit die FDP-Frauen-Gruppierungen in den Agglomerationen Zürich, Bern, Basel, Aarau und Frauenfeld auf Erfolgskurs. Hier ist ein grosses Potenzial an berufstätigen, politisch interessierten Frauen vorhanden. Diese Gruppierungen haben alle

sehr gute FDP-Vertreterinnen an der politischen Front, sei es im Bundesparlament, in Regierungen oder in Parlamenten, die eine Vorbildrolle einnehmen. Der Erfolg dieser FDP-Frauen motiviert und verleiht Dynamik.

Für den Frauen-Erfolg braucht es die Männer

Sie müssen klar Frauen forcieren, sonst landen diese immer auf dem zweiten Platz und resignieren, wenn das 2-3 Mal passiert. In den ländlichen Gebieten herrscht nach wie vor ein eher traditionelles Frauenbild. Das führt dazu, dass es dort noch schwieriger ist, dass Frauen in Ämter gewählt werden. Diesbezüglich haben unsere Frauen in der lateinischen Schweiz, aber auch in anderen Gebieten etwas an Schwung verloren. Dabei leisten einmal gewählte Frauen und die Frauen-Gruppierungen in den Parteien aus unserer Sicht gute und solide Parteiarbeit, die seitens der Kantonalparteien mehr Anerkennung und Unterstützung benötigte. Die FDP Schweiz hingegen darf als Vorbild bezeichnet werden. Nachstehend einige Anregungen:

– Versuchen Sie bereits heute, eine Frau, oder besser zwei Frauen, in den Vorstand zu wählen. So erlebt sie die Parteiarbeit, lernt sie die Parteimitglieder kennen, lernt aber auch bereits ge-

Anzeige

rundum wohl -
mit Trybol

Natürlich

Kräuterfrisch

mit Kamille

mit Grüntee

Härtet
Zahnschmelz

Karies-Prophylaxe

Trybol

natürliche Schweizer Mundpflege -
seit 100 Jahren

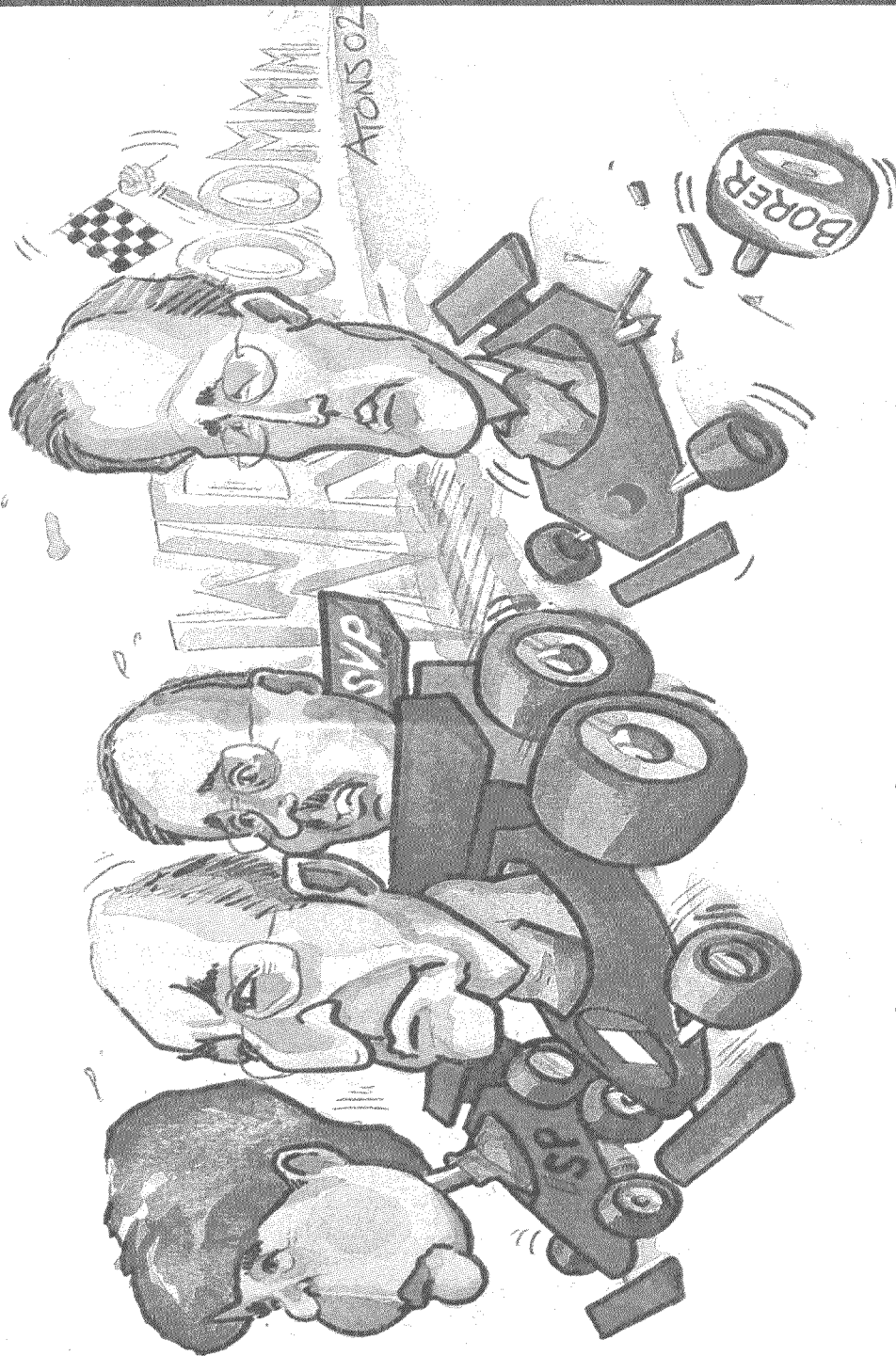
wählte Behördemitglieder kennen. Sie macht Bekanntheit mit dem Funktionieren der Politik in Exekutive und Legislative. Frauen also nicht erst vor den Wahlen anfragen. – Ein «alter Fuchs» in der Partei kann ebenfalls in Bezug auf die Information und Unterstützung viel bewirken. Er kann angesprochen werden, wenn es ums Sponsoring geht, wenn die Türe zu einem Exponenten geöffnet werden muss, wenn es logistische Unterstützung braucht bei der Bewirtschaftung der Adresskartei. – Falls vor Ort vorhanden, sollte sich auch der Kantonale Parteipräsident hin und wieder bei der Frauen-

gruppe zeigen und diese bei ihrer Arbeit unterstützen und motivieren. – Falls Sie eine kantonale Frauengruppe haben, werden die Frauen selber den Anschluss an diese und weiter an die FDP-Frauen Schweiz finden. Falls Sie auch Einfluss auf kantonaler Ebene haben, ist es wichtig, dass die Frauen auch dort konsequent Zugang in die Parteileitung und in Spezialkommissionen haben. – Und schliesslich etwas ganz Wichtiges zum Schluss: Ihre Partei muss die partnerschaftliche Parteiarbeit als Win-Win-Effekt betrachten: Alle alten Rivalitäten zwischen Mann und Frau sind zu vergessen! ■



Es zeigt sich immer wieder, dass eine gute Mischung beider Geschlechter zum Erfolg führt.

Bild: rus



EINER IST NICHT GUT WEGGEKOMMEN.

Karikatur Andreas Töns

Fristenregelung: Thema für Frau und Mann

Auf dem Weg zu einem verantwortungsvollen Entscheid

182 Stimmen gegen die Volksinitiative «Für Mutter und Kind» und 170 für die Fristenregelung bei wenigen Enthaltungen. Mit diesem klaren Resultat demonstrierten die FDP-Delegierten, wie mit ungewollten Schwangerschaften, aus liberaler Sicht, umzugehen ist.

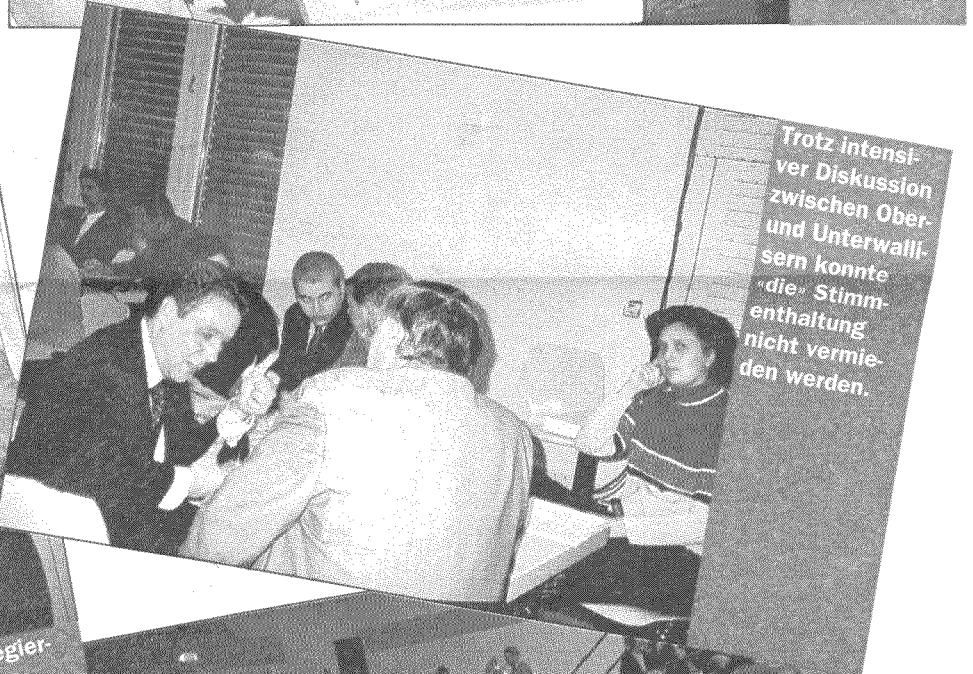
Frohe Bündner: endlich eine Fragestellung, die auch uns kein Kopfzerbrechen bereitet.



Nach dem musikalischen Auftakt machten sich die Tessiner Delegierten erste Überlegungen, wie sie die DV vom 18. Oktober in Bellinzona eröffnen werden.



In Hergiswil war es kaum nötig, den gut gelaunten Delegierten «den Marsch zu blasen».



Trotz intensiver Diskussion zwischen Ober- und Unterwallisern konnte «die» Stimmenthaltung nicht vermieden werden.



Die Schwyzer Frauen – eine starke Delegation.



Einheitliche Meinung am Zürcher Tisch.

Bilder: rus

Gelungener Nidwaldner Abend

Die Freisinnigen bestätigten ihre Tuchfühlung zum Stimmvolk

Dass dieser Abend ohne Panne über die Bühne ging, war der Regie von Robert Philipp Christen und den beiden Moderatoren Anne Yammine und Albert Müller zu verdanken. Sie fügten die einzelnen Nummern nahtlos aneinander: Made in Nidwalden, Young Power, Röhnradsgruppe Buochs, Gymnastikgruppe LU-NW-OW, Time Maschine, Quickstep Hergiswil.



Mit dem Betruf eröffnete der Nidwaldner Senn den gelungenen Abend.



Mit diesem Schlussbild präsentierten alle Mitwirkenden das FDP-Logo.



Die Nidwaldner Jugendlichen erklärten, wieso sie das FDP-Logo an die Wand sprayten.



Jodlerin und Schwyzerörgeler wirkten unter dem Titel «Made in Nidwalden» im ersten Teil des Abends mit.



Dreifacher Sinn des Erinnerungsgeschenks: Erinnerung an Hergiswil, die Glasi und den Kaff Träsch.



Robert Philipp Christen (Mitte) führte Regie, und Anne Yammine (Französisch) und Albert Müller (Deutsch) führten durch den Abend.



Lisbeth Zumstein von «Tourismus Hergiswil» gab dem Tessiner Kantonssekretär die Idee mit, wie er an der DV vom 18. Oktober für seinen Heimatkanton Werbung machen kann.

Bilder: rus

Apéro diente dem Gedankenaustausch

Der frühzeitige Abschluss der DV ermöglichte neue Kontakte



Den beiden Basellandschäftlern, Sabine Pegoraro und Jean-Luc Nordmann, fiel es leicht, Kontakte herzustellen.



Haben Sie gewusst, dass Urs Reistab ab der Mai-Ausgabe den Appenzeller Freisinn redigiert?

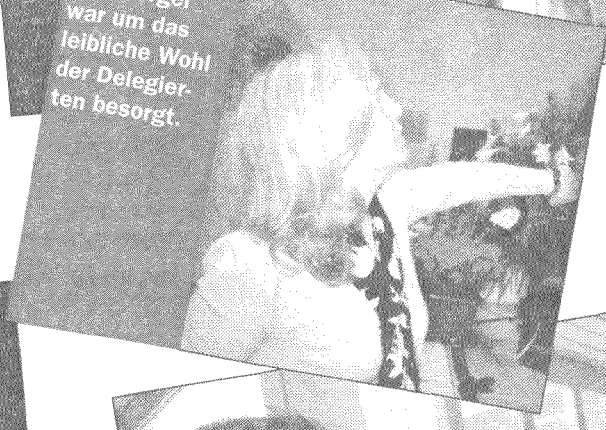


Bundesrat Kaspar Villiger liess es sich nicht nehmen, mit den Organisatoren der gelungenen DV eine angeregte Diskussion zu führen.



Margrit Ellenberger war um das leibliche Wohl der Delegierten besorgt.

Ein starkes Innerschweizer Trio: die beiden Nationalräte Karl Tschuppert und Edi Engelberger mit der neugewählten Nidwaldner Regierungsrätin Beatrice Jann.



Die Frauen waren mit den gefassten Parolen rundum zufrieden.



Der St. Galler Kantonalpräsident dürfte Generalsekretär Guido Schommer erläutern, wieso sich die Ostschweizer immer mehr zusammenrotten.

Bilder: rus

**Ankunftszeit
Heure d'arrivée
Ora di arrivo**



P

FDP 

Freisinnig-Demokratische Partei der Gemeinde Teufen

<p>Zulässige Parkdauer in der Blauen Zone Fahrzeuge dürfen an Werktagen zwischen 8.00 und 11.30 Uhr sowie zwischen 13.30 und 18.00 Uhr eine Stunde parkiert werden. Bei einer Ankunftszeit zwischen 11.30 und 13.30 Uhr gilt die Parkdauer bis 14.30 Uhr, bei einer Ankunftszeit zwischen 18.00 und 8.00 Uhr bis 9.00 Uhr.</p>	<p>Durée de parcage autorisée dans la zone bleue Les jours ouvrables, les véhicules peuvent stationner pendant 1h entre 8h00 et 11h30 et entre 13h30 et 18h00. Si ils arrivent entre 11h30 et 13h30, ils peuvent stationner jusqu'à 14h30. Et jusqu'à 9h00 s'ils arrivent entre 18h00 et 8h00.</p>	<p>Durata di parcheggio permessa nella Zona Blu I veicoli possono essere posteggiati per un'ora nei giorni feriali tra le 8.00 e le 11.30 nonché tra le 13.30 e le 18.00, se l'ora d'arrivo si situa tra le 11.30 e le 13.30 il veicolo può essere posteggiato fino alle 14.30, se l'ora d'arrivo si situa tra le 18.00 e le 8.00 fino alle 9.00.</p>
<p>Einstellen der Parkscheibe Der Pfeil muss auf den der Ankunftszeit nachfolgendes Strich eingestellt werden.</p>	<p>Reglage du disque de stationnement La flèche doit être placée sur le trait qui suit celui de l'heure d'arrivée.</p>	<p>Posizionamento del disco La freccia deve essere posizionata sulla lineetta susseguente l'ora d'arrivo.</p>

Rundum zeitorientiert

Ihr Ansprechpartner:

Bestell-Talon für P-Scheiben

Senden an:

Frieda Moesch, Buchschwendi, 9053 Teufen, oder Fax 071 343 63 29

Die Kantonal-/Ortspartei

bestellt:

Liefern an:

Anzahl P-Scheiben:

Mindestbestellung 1000 Exemplare à Fr. 1.65

Beschriftung Vorderseite:

Beschriftung Rückseite:

Datum:

Unterschrift:

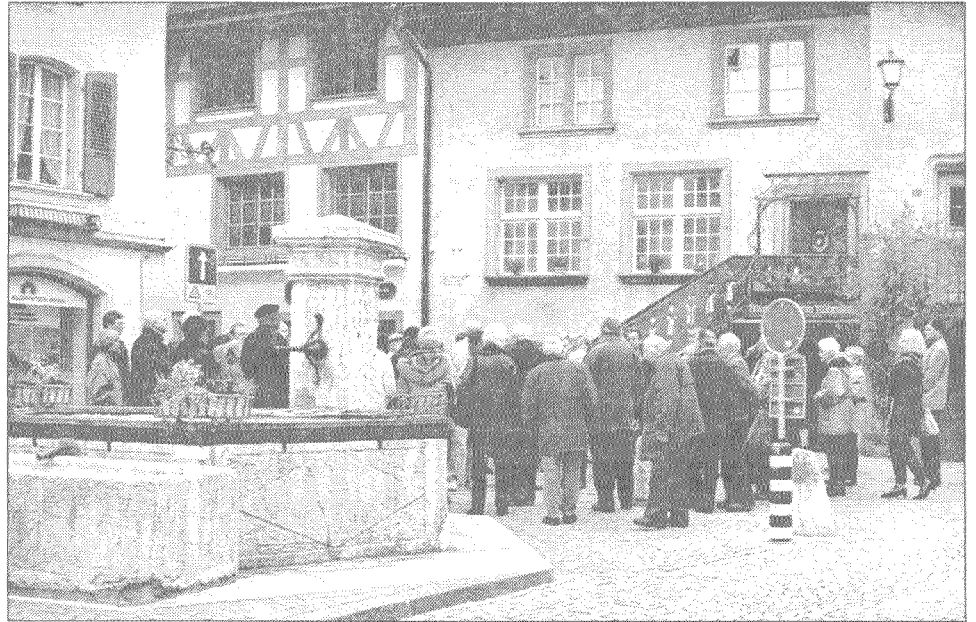
FDP-Vereinigung öffentlicher Dienste

80 Interessierte auf der Arteplage Murten

Dank der ausgezeichneten Organisation von Ernst O. Kuster wird dieser Anlass bei allen Beteiligten in guter Erinnerung bleiben. Der Fotograf Vinzenz Schumacher sorgte mit seiner Bilderreihe dafür, dass sich Unbeteiligte vornahmen, an einem nächsten Anlass dabei zu sein.

Für den 15. März 2002 lud die FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst ihre Mitglieder zu einer Besichtigung der Arteplage Murten der Expo.02 ein. Rund 80 Interessierte, Frauen und Männer, folgten der Einladung und fanden sich am Bahnhof Murten um 14.00 Uhr ein. Unter der fachkundigen Führung von Ernst O. Kuster, ehemaliger Vizepräsident der Vereinigung, der diesen Anlass gekonnt organisierte, ging es bei recht schönem, aber kühlem Wetter auf einen rund 3-stündigen Fussmarsch durch Murten. Es wurde uns ein interessanter Einblick in die vielfältige Arteplage geboten, und wir erfuhren viel Wissenswertes über den Stararchitek-

ten Jean Nouvel und dessen Pläne und Ideen, welche er in Murten umsetzt und für viel Diskussionsstoff sorg(t)en. 60 Tage vor der Eröffnung zweifelten jedoch einige bei der Besichtigung der vielen Baustellen, dass die Hüllen der Ausstellungen auch rechtzeitig mit Inhalt gefüllt werden. Der Zeitplan könne eingehalten werden, liess uns E. Kuster wissen. Zweifelsohne bedarf es noch einiger Anstrengungen. Das Thema «Augenblick und Ewigkeit» der Arteplage, welches die ganze mittelalterliche Stadt mit einbezieht, ist allgegenwärtig. Der wichtigste Treffpunkt und quasi das Eingangstor zur Arteplage ist das Berntor. Absoluter Blickfang ist «unbestritten», nicht aber «unumstritten» der Monolith von Jean Nouvel, welcher auf dem See als grosser rostiger Würfel steht und, wie wir erfahren durften, als Boot gilt, da er beweglich ist. Leider war es uns nicht möglich, das Innere des Monoliths mit dem Panorama «Die Schlacht von Murten» zu



Ein Teil der 80-köpfigen Gruppe freute sich an den alten Bauten des Städtchens Murten.

Fotos: Schumacher

besichtigen. Der Zutritt für die Öffentlichkeit ist erst nach der offiziellen Eröffnung vorgesehen. Die vielen Schiffscontainer, die überall herumstehen, am zahlreichsten vor und rundherum um das Berntor, sind nicht jedermanns Sache, und es ist beruhigend zu wissen, dass diese vergänglich sind und nicht für die Ewigkeit gedacht sind. Praktisch sollen sie sein, wenn sie u. a. als Toiletten, Verkaufshops oder Infor-

mationszentrum während der Expo genutzt werden. Beeindruckt hat uns der Besuch des Bundesprojektes «Die Werft – Sicherheit durch Offenheit» in der Nachbargemeinde Merlach, wo das VBS am Seeufer architektonisch und in Bildern die Schweiz in Bewegung, ihre wandelnde Sicherheitspolitik und ihren Platz in der Welt zeigt. Wir erlebten als Premierienpublikum den Bau zum ersten Mal in totaler Bewegung

auf Schienen. Die Ausstellung «Expoagricole» im Beaulieu-Park, wo unser Experte E. Kuster, in leitender Funktion, an der Realisierung massgeblichen Anteil hat, wird die schweizerische Landwirtschaft in vielfältigster Art vorstellen; ein Muss für Jung und Alt, diese «Nebenausstellung» ja nicht zu verpassen. Die Reise führte uns zuletzt der Seepromenade entlang zum Hotel Schiff, wo man uns im Navy Club noch einen kleinen abschliessenden Schluss-trunk servierte. Der Anlass wurde von den Teilnehmenden als absolut gelungen beklatscht, und die Vorfreude auf noch mehr Expo.02 liess alle zufrieden nach Hause gehen.

Roland Sitter,
Vizepräsident
der Vereinigung



Der Monolith für einmal in einer anderen Umgebung.



Die Schweiz in Bewegung.

EIN VERANTWORTUNGSVOLLER ENTSCHEID.

**STRAFLOSER
SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH
IN DEN ERSTEN 12 WOCHEN.**

JA

zur Fristenregelung

Komitee JA zur Fristenregelung
Postfach 6136 • 3001 Bern • www.fristenregelung.ch • PC: 30-539967-3